



### **AUF Kostheim fordert Veröffentlichung von 54 Beschlüssen - Ausgaben von mehr als 100.000 Euro für Öffentlichkeit nicht nachvollziehbar**



Die Kostheimer AUF-Fraktion hat die Ortsverwaltung und den Ortsvorsteher schriftlich aufgefordert, insgesamt 54 Beschlüsse des Kostheimer Ortsbeirates **den Bürgern umgehend zugänglich zu machen**

Es handelt sich dabei durchweg um Finanzbeschlüsse, insgesamt geht es um ein Finanzvolumen von mehr als 100.000 Euro. Anders als andere Beschlüsse des Kostheimer Ortsbeirates sind sie im Politischen Informationssystem der Stadt Wiesbaden **für die Öffentlichkeit gesperrt**.

AUF-Sprecher Frank Porten verweist in seinem Schreiben auf die Bestimmungen der Gemeindeordnung: Danach darf der Ortsbeirat zunächst **nur im begründeten Einzelfall die Öffentlichkeit ausschließen**

Weiter sei geregelt, dass Beschlüsse, die in nicht-öffentlicher Sitzung gefasst worden sind, veröffentlicht werden müssen. „Auch davon kann nur im begründeten Einzelfall abgewichen werden,“ heißt es in dem Brief.

„Es ist schon skandalös genug, dass die **Mehrheit im Ortsbeirat** Finanzangelegenheiten **grundsätzlich geheim berät und geheim abstimmt**

. Wir werden aber nicht hinnehmen, dass die Beschlüsse nicht wenigstens veröffentlicht werden,“ so AUF-Sprecher Frank Porten in einer Erklärung.

Die Mehrheit im Ortsbeirat ignoriere einfach, dass ihr **Vorgehen rechtswidrig** sei, sagte Ortsbeiratsmitglied Marion Mück-Raab. Dabei werde in nicht-öffentlicher Sitzung ganz offen zugegeben, dass man

**keine Lust**

habe, sein

**Abstimmungsverhalten**

gegenüber Vereinen

## zu rechtfertigen

Dafür hat sie kein Verständnis: „**Wer nicht den Mut hat, für das, was er im Ortsbeirat macht, geradezustehen, der sollte besser nicht kandidieren.**“

Der Wähler habe einen Rechtsanspruch zu erfahren, was im Ortsbeirat verhandelt wird. „**Es wird Zeit, dass mit dieser undemokratischen Praxis in Kostheim Schluss gemacht wird,**“ sagte Mück-Raab.

Sie finde diese Wichtigtuerei außerdem auch ziemlich albern: „Warum müssen die Bürger vor die Tür, wenn über Zuschüsse für Moderationskoffer, Blumenkübel und Weihnachtsbäume verhandelt wird?“ Auch könne sie nicht erkennen, warum niemand wissen dürfte, welche Zuschüsse die örtlichen Vereine erhalten.

(Für den Inhalt verantwortlich: Frank Porten, Teufelssprung 8, Kostheim)